

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 09.08.2011**

öffentlich

Ort: Förderschule Comeniusschule, Freimfelder Str. 88,
06112 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	Vertreter für Herrn Bauersfeld
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertreter für Herrn Lange
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Hanna Haupt		Vertreterin für Herrn Hopfgarten
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	Vertreterin für Herrn Strech
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	
Frau Dr. Christine Radig	Verw	

Es fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter: Herr Busse
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Vertreter: Herr Dr. Bartsch
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Vertreterin: Frau Hanna Haupt
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Vertreterin: Frau Sabine Wolff
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Michael Rautzenberg	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.06.2011
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09968
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 6.1. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zum stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"
Vorlage-Nr.: V/2011/09785
7. Mitteilungen
- 7.1. Umsetzung Konjunkturpaket II
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Falk stellt vor Beginn der Ausschusssitzung bei einem kurzen Schulrundgang die Comeniuschule vor. Sie spricht über die Spezifik der lernbehinderten Schüler und Größe der Schule (aktuell ca. 160 Schüler, davon 5 Schulanfänger), die in den letzten Jahren rückläufig war. Lehrerzuweisungen erfolgen in Abhängigkeit der Schülerzahl. Die Lehrer betreuen auch Grund- und Sekundarschulen im Bereich Halle Mitte/Nord/Ost bei der integrativen Beschulung und stehen mit Lehrern an Regelschulen im engen Austausch. Nach Ihrer Auffassung haben derzeit Förderschulen und integrative/inklusive Schulformen nebeneinander ein Existenzrecht. Eine Umstellung auf einen vollständigen inklusiven Ansatz wird sehr lange Zeit dauern.

Herr Schachtschneider eröffnet 17:00 Uhr die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Paulsen fragt nach der 2. Lesung der Vorlage Saline-Ensemble, da diese nicht wie angekündigt auf der Tagesordnung steht.

Frau Dr. Radig erklärt, dass diese Vorlage im September behandelt wird, um eine Rückfrage an den Verfasser, Herrn Böhnke zu ermöglichen.

Die Tagesordnung wurde Einstimmig angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.06.2011

Mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf
Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen
in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09968**

Frau Wolff argumentiert zum Antrag, dass es nicht nachvollziehbar ist, warum der Pflichtschulsportunterricht – Schulschwimmen – kostenpflichtig ist. Die Satzung der Bäder GmbH müsste geändert werden.

Herr Schachtschneider ist der Meinung, dass die Begründung nicht den Antrag widerspiegelt.

Herr Kogge erläutert die Sporteinrichtungsverordnung vom 1.1.1997; der Schulsport wird durch diese VO nicht geregelt, sondern die Zielrichtung war nur eine Sicherheit für den Vereinssport zu erhalten. Schulsport ist nach SchulG LSA zu betrachten und danach muss jeder Schulträger seinen sachlichen Aufwand tragen. Die Stadt hat in der Vergangenheit unterschiedlich gehandelt und lange Zeit den Schulsport dem Vereinssport gleichgesetzt. Mit Einführung innerer Verrechnungen für die Nutzung von Sportanlagen durch städtische Schulen wurden auch seit 2008 freie Träger an den Kosten für das Schulschwimmen beteiligt. Mit der Bäder Privatisierung wurde im GmbH Vertrag eine Neuregelung für das Schulschwimmen (Vertragsbasis gegen Entgelt) vom Stadtrat beschlossen, die gleichermaßen für alle Schulträger gilt.

Herr Senger fragt nach der 16:00 Uhr-Regelung. Es gibt ein BGH-Urteil in dem Schulen prinzipiell mit Sportvereinen gleichzustellen sind.

Herr Dr. Diaby möchte wissen, ob es Erfahrungen mit dieser Problematik in anderen Orten gibt.

Herr Kogge antwortet, dass es in anderen Kreisen und Städten nicht so viele private Schulträger gibt, wie in Halle, deshalb tauche das Problem dort nicht so auf. Erfahrungen aus anderen Orten sind nicht bekannt.

Frau Wolff möchte wissen, ob die Stadt an die Bäder GmbH zahlt.

Herr Kogge bejaht die Zahlung für das Schulschwimmen städtischer Schulen an die Bäder GmbH.

Herr Hildebrand zitiert das Schulgesetz LSA §§ 18ff, danach erhalten freie Träger eine Sachkostenförderung, aus der das Schulschwimmen zu bezahlen ist. Dies wurde auf Nachfrage vom Landesverwaltungsamt bestätigt.

Herr Dr. Diaby fragt die Antragsteller, ob der von der Verwaltung bezifferte Betrag von 10 T€ für das Schulschwimmen der freien Träger realistisch sei.

Frau Haupt möchte wissen, ob mit der Kostenübernahme des Schulschwimmens freier Träger eine Doppelfinanzierung entsteht.

Herr Kogge bejaht dies und erläutert die Gründung der Bäder GmbH und die entsprechende Planung der Einnahmen aus dem Schulsport. Diese sind für die Bäder GmbH erforderlich. Die Zahlungen für das Schulschwimmen städtischer Schüler ist verwaltungsintern jedoch nicht unumstritten. Diese Zahlungen belaufen sich auf über 98 T€ pro Jahr.

Frau Wolff möchte den Antrag zurückstellen, um diesen in der Fraktion erneut zu beraten.

Herr Kogge informiert, dass die privaten Schulträger offenbar einen anderen Preis für das Schulschwimmen an die Bäder GmbH zahlen, wie die Stadt. Das ist jedoch Verhandlungssache und die Bäder GmbH ist dazu berechtigt, da es sich um einen privatrechtlichen Vertrag handelt. Andererseits haben die freien Träger unter Umständen einen Anspruch auf Vertrauensschutz, da sie diese Zahlungen bislang nicht geplant hätten.

Neben den Rahmenverträge, die alle freien Träger für die Nutzung städtischer Sporteinrichtungen haben, können sie im Rahmen von freiwilligen Schulangeboten wie Arbeitsgemeinschaften oder anderer Freizeitaktivitäten wie andere Vereine auch die städtischen Sporteinrichtungen nutzen.

Frau Wolff möchte wissen, welche freien Träger für das Schulschwimmen bezahlen, die Antwort sollte bis zum Finanzausschuss gegeben werden.

Herr Kogge sagt eine Antwort zu.

Frau Raab möchte wissen, ob die Forderung nach Zahlung an die freien Träger von Seiten der GmbH rechtmäßig ist.

Herr Paulsen möchte eine juristisch belastbare Antwort, wie es funktionieren kann, dass Schulen Pflichtfächer als AG anbieten. Er bittet darum, dass wichtige Beantwortungen künftig nicht mehr als Tischvorlage ausgegeben werden, dies ist nicht akzeptabel wenn Anträge fristgerecht gestellt werden.

Herr Kogge antwortet, dass bei dieser schwierigen rechtlichen Problematik erst am Morgen die letzte Abstimmung zur Antwort in der Verwaltung erfolgte.

Herr Senger möchte wissen, ob die Stadt die Kosten für das Schulschwimmen übernehmen muss und an die Bäder GmbH bezahlen muss, dies möchte der ebenso für die freien Träger wissen. Allein durch die Rechtsformänderung für die Bäder sei dieser Anspruch nicht zu begründen. Die SportstätteneinrichtungsVO ermögliche es zudem beim Kultusministerium eine Unterstützung zu beantragen, wenn besondere Härten bei der Unterhaltung der Sportstätten entstehen.

Herr Kogge warnt davor, die VO falsch zu interpretieren, auch bei anderen Rechtsformen für die Sportstättenbetriebe können nach § 2 der VO Entgelte für die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten verlangt werden.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale) an die Bäder Halle GmbH zu entrichtende Entgelt für die Nutzung der Bäder im Rahmen des Schulschwimmunterrichts rückwirkend und zukünftig zu erstatten.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 6.1 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule" Vorlage-Nr.: V/2011/09785

Herr Dr. Katterle, vom Umweltamt, informiert zum Stand des Projektes „Klimaschutz macht Schule“ in der Stadt Halle (Saale). Das Projekt wurde 2009 wiederbelebt und die SEK Reil konnte dafür gewonnen werden. Er erläutert an Hand einer Präsentation einzelne Facetten des Themas. Das Projekt geht von der Grundidee aus, Startwerte für Elektroenergie, Wasser und Heizung zu ermitteln und nach einer Abrechnungsperiode durch einen Wertevergleich Einsparungen/höhere Verbräuche zu erkennen. Im Verlauf des Projektes sind sog. Energieteams in den Schulen tätig, um unnötigen Verbräuchen und Einsparpotentialen (z.B. Vermeidung von stand by Schaltungen) aufzuspüren. Auswertungen machen jedoch auf Verbräuche aufmerksam, die außerhalb der schulischen Nutzung liegen, z.B. die Nutzung der Turnhalle nach Schulschluss durch Sportvereine (Duschen). Dadurch können unrealistisch hohe Verbräuche z. B. bei Wasser zustande kommen, die die Schule nicht beeinflussen kann. Neueren Datums besteht das Interesse an der GS Büschdorf. Verbrauchsverläufe zeigen hier teilweise große Schwankungen in einzelnen Jahren auf, die nicht mit schulischem Verhalten erklärbar sind. So könnten Baumaßnahmen Einfluss gehabt haben.

Herr Hildebrand ergänzt, dass bei neuen Bauvorhaben mit Zwischenzählern gearbeitet wird.

Frau Wolff: Bei diesen großen Abweichungen muss nochmals genau beim ZGM nachgefragt werden.

Herr Kogge sagt, dass die großen Verbräuche die konkrete Situation gut widerspiegeln, die Sachkosten pro Schüler sinken, jedoch die Betriebskosten steigen enorm an.

Herr Schachtschneider findet diese Darstellung insofern sehr interessant, da hier einzelne Medien dargestellt werden und nicht nur Betriebskosten in Summe.

Herr Dr. Katterle führt aus, was wäre, wenn die Schule die Verbräuche real eingespart hätte, könnte das eingesparte Geld dann prozentual an die Schule ausgezahlt werden? Hier liege unter den Bedingungen vorläufiger HH-Führung und der HH-Konsolidierung ein nächstes Problem, da die Auszahlung als freiwillige Leistung gelte. Ein weiteres ist die unterschiedliche Interessenlage an den Schulen. Eine Fotovoltaikanlage als Umwelttechnologie kann z.B. an eine BbS besser mit Unterrichtsbezügen verbunden werden als das Klimaschutzprojekt.

Frau Wolff regt an, bundesweit zu recherchieren, ob Gelder aus solchen Projekten in anderen Städten an die Schulen ausgezahlt werden. Auch andere Städte wie die Stadt Hagen agieren unter vergleichbaren Bedingungen der HH-Konsolidierung. Desweiteren möchte sie wissen, wie es in der Verwaltung aussieht, ist da der Verbrauch zurückgegangen.

Diese Frage kann **Herr Katterle** nicht beantworten, die konkreten Auswirkungen in der Verwaltung können nur im ZGM erfragt werden. Auch der Energiebericht müsste hierüber

Auskunft geben. Für Schulen und Kitas sind engagierte Lehrer/Erzieher unabdingbar, die in Kooperation z. B. mit dem BUND oder dem UfU e.V. agieren. Andere Vereine halten sich hier weitgehend zurück.

Herr Senger erklärt aus seiner Sicht, warum die Schulen bei dem Projekt „Klimaschutz macht Schule“ nicht mitmachen. Er hat mit der Schulleitung der IGS und dem SVA gesprochen. Die Schule macht nicht mit, da bei der Schule ein hoher Aufwand entstehen würde, die Lehrer haben dazu keine Zeit und auf Grund der Haushaltsituation der Stadt würde bei der Schule von der Einsparung nichts ankommen.

Frau Wolff informiert, dass das Projekt „Klimaschutz macht Schule“ als 50/50-Modell durch den Stadtrat beschlossen wurde. Es sollte die Stelle eines „Energiemanagers“ geschaffen werden. Sie fragt nach der Umsetzung dieses Beschlusses.

Herr Dr. Katterle informiert, dass es diesen Energiemanager – beim ZGM (seit 2 Monaten) – gibt.

Herr Paulsen ist der Meinung, dass es ein Engagementproblem der Verwaltung in Bezug auf dieses Projekt gibt. Als Stadt kann da etwas geändert werden. Er bittet die Verwaltung, in dieser Angelegenheit aktiver und kreativer zu werden und die Schulen mehr zu motivieren.

Herr Kneissl berichtet aus seiner Sicht, warum die Schulen bei diesem Projekt nicht mitmachen. Seine Schule hat sich vor einigen Jahren in diesem Projekt engagiert. Die Schule hat damals auch Geld bekommen. Auf Grund des geltenden Haushaltsrechts kann die Schule jedoch nicht frei über das Geld verfügen, sondern die Ausgaben müssen haushaltsrechtlich korrekt erfolgen. Das Geld wird gegen Ende des Jahres ausgezahlt und zum Ende des Haushaltsjahres muss das Geld ausgegeben sein, somit stellt auch die Ausgabe des Geldes ein Problem für die Schulen dar, da man kaum Schüler mit einer Prämie bedenken kann.

Herr Hildebrand ergänzt, dass die Übertragbarkeit der Mittel in diesem Fall aber möglich sei.

Herr Kogge erklärt, dass diese Projekte von der Lehrerschaft und nicht von der Verwaltung leben. Auch er ist der Meinung, dass die Rahmenbedingungen des Haushaltsrechtes Grenzen in der Verwendung des Geldes aufzeigen und die Schulen damit Probleme haben.

Auch **Herr Dr. Diaby** ist der Meinung, dass die Lehrer nicht zusätzlich belastet werden können. Es ist eine Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit. Vielleicht kann über die Bürgerarbeit über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) so ein Projekt unterstützt werden. Er möchte anregen, dass die Verwaltung mit dem EfA ins Gespräch kommt.

Frau Wolff informiert, dass keine Anregung nötig ist, denn es gibt bereits einen Stadtratsbeschluss zu diesem Projekt. Sie verweist auf die Stadt Hagen, die ebenfalls hoch verschuldet ist und wo dieses Projekt offenbar funktioniert.

Herr Senger möchte wissen, welche Aktivitäten die Stadtverwaltung entwickelt, um Partner an den Schulen zu suchen, um das Projekt anzustoßen. Er vertritt die Meinung, wenn die Schulen kein Geld aus solchen Projekten ziehen können, lohnt es sich nicht für die Schulen.

Herr Schachtschneider ist der Meinung, dass ja auch der ideelle Wert zählt und nicht immer viel Geld für die Schulen dabei herauskommt. Es werden Ressourcen gespart. Die Verwaltung hat wenig Geld. Vielleicht reicht es auch, als Anreiz eine kleine Prämie in Aussicht zu stellen. Diese sollte auch erfolgen, wenn bei der Analyse, wie vorhin dargestellt

wurde, große Schwankungen aufgedeckt werden, die mit einem normalen Verbrauch nicht zu erklären sind.

Herr Kogge ist gern bereit, auf das ZGM zuzugehen, damit der Energiemanager auch an die Schulen geht.

Die Präsentation von Herrn Dr. Katterle wird elektronisch an die Fraktionen geschickt.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Umsetzung Konjunkturpaket II**

Herr Hildebrand informiert:

Die Fertigstellung der GS Kröllwitz und Diesterweg ist ohne Zeitverzug und in hoher Qualität erfolgt, es gab kaum Nachbesserungen nach der Abnahme.

Es wurde im KII-Rapport angezeigt, dass der Übergabetermin 30.6.2011 für das KBZ nicht gehalten werden kann, es gibt einen Monat Bauverzug. Der Umzug der Volkshochschule hat termingerecht stattgefunden, obwohl es noch weiteren Bauverzug/große Mängel (z.B. fehlender Sonnenschutz) gibt. Die Telefone am neuen Standort der Volkshochschule funktionieren seit Montag 10:00 Uhr, die DV-Erreichbarkeit ist noch nicht gegeben.

Turnhalle Büschdorf: am 10.8.11 findet die behördliche Abnahme mit dem Bauordnungsamt statt. Es gab eine Verzögerung der Fertigstellung von fast ½ Jahr, ebenso gab es eine Kostensteigerung.

Die geplanten fünf Schulumzüge wurden erfolgreich abgeschlossen. Im Bereich Ausstattung gibt es seit Mai eine neue Teamleiterin, Frau Tauschel. Der Jahresurlaub in den Sommermonaten der Mitarbeiter im Bereich Ausstattung wurde in den Sommermonaten in Anbetracht der Umzüge auf 14 Tage begrenzt. An 5 Schulen waren Umzüge zu absolvieren. In den neuen Objekten kann gut ins neue Schuljahr gestartet werden.

Am 28.7.2011 gab es einen Brand in GS Zollrain, der Unterrichtsbetrieb zum Schuljahresbeginn ist nicht gefährdet. Die Ursache wird noch ermittelt.

Frau Dr. Radig informiert über die Tischvorlage „Information zum Schulobstprogramm“ sowie über das Projekt Obstkorb für Schulanfänger.

Herr Hildebrand informiert über den Bescheid des LVwA zur SEPI – Weiterführung der Förderschule am Jägerplatz. Der Bescheid wird in vollem Umfang dem Protokoll beigelegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff fragt nach der Umsetzung des Teilhabepaketes in der Stadt.

Herr Kogge antwortet, dass Halle bundesweit bei den Anträgen (ca. 10.600) und der Bearbeitung (ca. 2.500) ganz vorn liegt. Bekannt sind die Problematik mit der Übernahme der Kosten für Schulspeisung, Probleme der Finanzierung von Klassenfahrten, Fragen der Nachhilfe – dazu muss eine Beurteilung erfolgen, ob der Schüler Nachhilfe erhalten darf. Hier fehlen Regelungen des Kultusministeriums. Über diese Thematik kann die zuständige Koordinatorin im nächsten BA berichten.

Frau Wolff erbittet dazu Zahlen, diese sagt **Herr Kogge** zu. **Frau Wolff** fragt auch nach der Problematik der Zahlung der Mitgliedsbeiträge an Sportvereine.

Herrn Kogge sind hier keine Probleme bekannt, auch nicht vom SSB. Er bittet um Konkretisierung der Anfrage.

Herr Senger fragt zum Konjunkturpaket Büschdorf und KBZ und möchte wissen, wer dafür verantwortlich ist.

Herr Kogge informiert, dass das ZGM verantwortlich ist. Es gibt eine Leistungsvereinbarung mit dem ZGM und dem SVA. Das ZGM bindet die Baufirmen und ist für die Überwachung zuständig.

Herr Dr. Diaby fragt nach dem Ausweichquartier für die IGS?

Herr Hildebrand erklärt, dass der Raumbedarf nochmals analysiert wurde, Wunsch der SEK „J. Chr. Reil“ ist ein Umzug nach Heide Nord. Im September werden die Auslagerungsvarianten und Raumbedarf nochmals besprochen. Die IGS wird voraussichtlich in den Bereich Rigaer Straße ziehen, wenn Raumkapazität und Brandschutzgenehmigung dies zulassen. Eine Teilnutzung für die Glauchaschule ist nicht möglich. Er weist darauf hin, dass auch die Ausweichobjekte brandschutztechnisch in Ordnung sein müssen.

Herr Paulsen fragt zur Schulsozialarbeit – wie ist der Stand in Halle zur Schulsozialarbeit und zum Bildungspaket?

Herr Kogge informiert, dass es in Halle hat bereits 17 Stellen für Schulsozialarbeiter gibt, das ist im Bundesdurchschnitt sehr gut. Im JHA wird das Konzept für Halle vorgestellt, wobei der Bedarf stadtteilbezogen sehr unterschiedlich ist und mit vorhandenen Angeboten zusammenpassen muss.

Herr Paulsen fragt zum Stand der Nachverhandlungen zum Schülerticket.

Herr Kogge teilt mit, dass das Gespräch mit HAVAG am 22.8.2011 stattfindet.

Herr Paulsen fragt nach der Vorlage Grundsatz- und Baubeschluss – 2. Beschluss, der im August in den Stadtrat sollte. Er möchte wissen, warum diese jetzt später wie geplant kommt.

Herr Hildebrand erklärt, dass die Grundvoraussetzung für diese Vorlage die Haushaltsplan-aufstellung 2012 ist. Die Investitionszahlen fehlen noch und somit kann die Vorlage nicht erstellt werden.

Herr Paulsen bittet darum, den Bescheid zur SEPI morgen an die Fraktionen zu senden.

Herr Senger fragt nach dem Umzug der IGS.

Herr Hildebrand – bejaht, dass es einen Komplettumzug geben wird. Mit Herrn Paschkowski wird eine Variante erarbeitet, eine Schule im Innenstadtbereich wird jedoch nicht zur Verfügung stehen.

Herr Kogge informiert nochmals zum Erfurt-Schultyp in Bezug auf Brandschutz. Wegen des fehlenden 2. Rettungsweges dürfen die Kopfräume nicht als Unterrichtsräume genutzt werden.

zu 9 Anregungen

Frau Wolff regt an, dass der Energiemanager an einem der nächsten Bildungsausschüsse teilnimmt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.09.11

Dr. Radig
Protokollführerin

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender